

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Geltende Nebenblätter: Landtagsschlag, Synodalblätter, Abzugsbücher, Verwaltung der R. S. Staatschulden und der R. S. Land- und Landeskulturretenbank-Bewaltung, Überichten des R. S. Statistischen Landesamts über Ein- und Auszahlungen bei den Sparkassen, Grundstückliche Entscheidungen des R. S. Landesversicherungsamts, Jahresbericht und Rechnungsbuch der Landesversicherungsanstalt, Verkaufsbücher von Holzplatten auf den R. S. Staatsforstrevieren.

→ Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden. ←

Nr. 288.

Freitag, 12. Dezember

1913.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingerstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierzehn täglich. Einzelne Nummern 10 Pf.
Erscheint: Werktag nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 21 295, Redaktion Nr. 14 574.

Ankündigungen: Die 1-spaltige Grundseite oder deren Raum im Ankündigungssteile 30 Pf., die 2-spaltige Grundseite oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Gingebund.) 150 Pf. Preismäßig auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Se. Majestät der König ernannte den Kriegsminister Generaloberst Frhr. v. Haufen aus Anlaß des 50-jährigen Militärdienstjubiläums zum Chef des 16. Infanterieregiments Nr. 182 in Freiberg.

Der Bundesrat hielt gestern eine Sitzung ab.

Der Reichstag hält heute seine lehre Sitzung vor den Weihnachtsferien ab.

Die Budgetkommission des Reichstages sah nach aufwändigen Mitteilungen der Regierungsvertreter von einer Beschließung zugunsten einer deutschen Besetzung der Weltausstellung in San Francisco ab und überließ die Entscheidung dem Plenum.

Die Reichsbank hat den Wechseldiskont auf 5 Proz. und den Lombardzinssatz auf 6 Proz. herabgesetzt.

Zum Bundespräsidenten der Schweiz für 1914 wurde der bisherige Vizepräsident Oberst Dr. Jur. Arthur Hoffmann gewählt. Vizepräsident wurde Dr. Giuseppe Motta.

Die französische Kammer sprach dem Kabinett Doumergue, das sich gestern vorstellte und die Regierungserklärung zum Vortrag brachte, mit 302 gegen 141 Stimmen das Vertrauen ab.

Gestern nachmittag fuhr im Bahnhof Linden auf der Strecke Brüssel—Vlissingen ein Personenzug auf leere Wagen auf. Dreizehn Personen wurden verletzt, davon zwei schwer.

Die Meldung vom Rücktritt des Großwirks wird von Konstantinopel aus energisch in Abrede gestellt.

Nach einer Meldung aus Belgrad sieht die Auflösung der serbischen Kammer und der Rücktritt des Ministerspräsidenten Pašić vorläufig vor. An Pašićs Stelle soll der Gesandte in Paris, Botschafter, treten.

Tampico soll von den mexikanischen Aufständischen gestern abend genommen worden sein.

Amtlicher Teil.

Ministerium des Königlichen Hauses.

Dresden, 12. Dezember. Se. Majestät der König sind gestern 6 Uhr 53 Min. nachmittags von Raudnitz hierher zurücksgekehrt.

Justizministerium.

Se. Majestät der König haben Allergründigst geruht, den Landrichtern Lauber und Fritz Karl Wolf in Zwickau, Dr. Kunath, Eger, Wagner, Dr. Stoerl, Dr. Claus, Lauche, Schmiedt, Robert Eduard Hermann Franke, Opitz, Dr. Illing, Sprockhoff und Dr. Dienemann in Leipzig, Röntsch und Richter in Dresden, Krauß und Dr. König in Freiberg, Kurth in Chemnitz und Dr. Kräpach in Plauen den Titel und Rang eines Landgerichtsrats,

den Amtsrichtern Zimmer in Sayda, Junge in Geithain, Dr. Schäube, Schmidt und Wendt in Plauen, Tobias, Graf, Dr. Lehmann, Dr. Engelman und Dr. Uhlich in Chemnitz, Mammen, Dreher, Höfer, Dr. Baufleit und Dr. Schumann in Leipzig, Koch, Dr. Müller, Zimmer, Höfer, Dr. Larroch und Dr. Knott in Dresden, Dr. Brachmann in Freiberg, Dr. Langer in Oberwiesenthal, Dr. Schiller in Zwickau, v. Scheibner in Glauchau, Dr. Voigt in Adorf, Dr. Siedamgrotz in Pirna, Dr. Glash in Neustadt, Fink in Brand-Erbisdorf und Saupe in Bad Lausick den Titel und Rang eines Amtsgerichtsrats, sowie

den Staatsanwälten Jahn in Leipzig, Dr. Kurth in Dresden und Arnold in Freiberg den Rang in Klasse IV Nr. 14 der Hofrangordnung zu verleihen.

Kriegsministerium.

Se. Majestät der König haben folgende Personalveränderung in der Armee zu verfügen geruht: 12. Dezember. Frhr. v. Haufen, General-Oberst, Staats- und Kriegsminister, zum Chef des 16. Inf.-Regts. Nr. 182 ernannt unter Belassung à la suite des 1. Jäg.-Bata. Nr. 12.

Die Stelle des Bezirkstierarztes für den Veterinärbezirk Schwarzenberg kommt vom 1. Februar 1914 ab zu Erledigung.

Einige Bewerber werden hierdurch aufgefordert, ihre Gefüche mit den erforderlichen Zeugnissen und unter Beifügung eines Lebenslaufes baldigst und spätestens bis zum 27. dieses Monats

bei der unterzeichneten Königlichen Kreishauptmannschaft einzureichen.

Zwickau, den 11. Dezember 1913. 9096

Königliche Kreishauptmannschaft.

Ernennungen, Versetzungen &c. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereiche des Ministeriums des Kultus und öffentl. Unterrichts. Zu besetzen: eine Lehrerstelle zu Steinigtwolmsdorf. Röhl: Die oberste Schulbehörde. Mindestgehalt und Amtswohnung oder Wohnungsgeld. Vorschlagsmäßige Bewerbungen sind bis 24. Dez. bei dem Bezirksschulinspektor zu Danzig einzureichen.

Im Geschäftsbereiche des Kriegsministeriums. Beamte der Militärverwaltung. 6. Dez. Müller, Lazarusinspektor und Ressortvorstand in Königgrätz nach Dresden, Handrich, Lazarusinspektor in Zwickau, als Ressortvorstand nach Königgrätz, — unterm 1. Jan. 1914 verkehrt.

(Fortsetzung des amtlichen Teiles in der 2. Auflage.)

Nichtamtlicher Teil.

Bom Königlichen Hof.

Dresden, 12. Dezember. Se. Majestät der König nahm vormittags die Vorträge der Herren Staatsminister sowie des Kabinettssekretärs entgegen und beglückwünschte mittags Se. Exzellenz dem Staats- und Kriegsminister General-Oberst Frhr. v. Haufen aus Anlaß des 50-jährigen Dienstjubiläums in dessen Wohnung.

Dresden, 12. Dezember. Ihre Königl. Hoheiten die Prinz und die Frau Prinzessin Johann Georg übten heute mittag 1/2 Uhr Se. Exzellenz dem Hen. Staats- und Kriegsminister General-Obersten Frhr. v. Haufen einen Besuch ab, um ihm die Glückwünsche zu seinem 50-jährigen Dienstjubiläum auszusprechen.

Dresden, 12. Dezember. Ihre Königl. Hoheiten die Frau Prinzessin Johann Georg und Prinzessin Mahilde werden heute den ersten Aufführungsbend des Tonkünstlervereins 1/2 Uhr im Gewerbehaus besuchen.

Ihre Königl. Hoheit die Frau Prinzessin Johann Georg besuchte gestern nachmittag in Begleitung Ihrer Exzellenz der Frau Oberhofmeisterin Freiin v. Dind nochmals die Verkaufsausstellung des Johannisvereins im Europäischen Hof.

Deutsches Reich.

Bundesratsbeschlüsse.

Berlin, 11. Dezember. In der heutigen Sitzung des Bundesrates wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen: Die Rechnung über den Haushalt des Schuhgebietes Kautschou für das Rechnungsjahr 1908, die Änderung der Grundsätze für die Bezeichnung der Bevölkerungen mit Militärwantern, die Übergangsbestimmungen zur Durchführung der hausgewerblichen Krankenversicherung und die Änderung des Statuts des Kaiserl. Archäologischen Instituts. Die Wahl von Mitgliedern des Reichsgerichtsgerichtsamt wurde vollzogen. Zur Annahme gelangten der Entwurf einer Vorrichtung zur Änderung der Suizidvermessungsordnung, der Entwurf eines Befreiungs- und Pensionsetats der Reichsbeamten mit Ausnahme der Mitglieder des Reichslanddirektoriums aus das Jahr 1914, die Vorlage betreffend ein Abkommen mit Bulgarien wegen Anerkennung der Identitätszeichen an Warenmarken, die von Handlungskreisen eingeschäfert werden und die Vorlage betreffend die Anerkennung pensionsberechtigender Dienstzeit bei den Marineweisshäfen.

Kleine politische Nachrichten.

München, 11. Dezember. Reichsrat v. Auer ist von seinem Posten als zweiter Präsident der Kammer der Reichsräte zurückgetreten. Die Neuwahl ist für den 17. Dezember anberaumt.

Reichstag.

Sitzung vom 11. Dezember 1913.

Am Bundesstaatssekretär: Dr. Delbrück, v. Jagow, Kräftele, Dr. Lisco, Kühn, v. Falckhahn sowie zahlreiche andere Bevollmächtigte und Kommissare.

Der Abg. des Abg. und zweiten Vizepräsidenten Dove (orts. Sp.), der heute sein 60. Lebensjahr vollendet, ist mit einem prächtigen Rosenarrangement geschmückt.

Präsident Dr. Raepke eröffnete die Sitzung um 1/2 Uhr.

Das Haus setzte die Generaldebatte des Reichshaushaltsetats für 1914 fort.

Abg. Dr. Ridder (VII.): Was der Kriegsminister gekenn hat ausgeführt hat, waren nichts als Selbstverständlichkeiten. Er hat es verstanden, immer an der eigentlichen Frage vorbeizureden.

Graf Schreyer hat von einer fortgelebten Bekämpfung der Öffnere seitens der Saberner Bewohner gesprochen. Er hat aber auch nicht den Schatten eines Beweises dafür bringen können. (Abwende Urtheile. Stolze des Präsidenten.) Wie das Militär am 28. November nicht so vorgegangen, dann wäre es nicht zu den Unruhen gekommen. Ich begreife übrigens nicht, warum man den Staatssekretär Roth v. Bulach gerade besonders angreift.

Er ist wahrhaftig in der ganzen Sache am unbeschuldigtesten. Wir werden unsre Regierung im Landtag fragen: Was hast du in dieser ganzen Sache getan? Wenn die Antwort nicht befriedigend ausfällt, wird ein Strafgericht über unsre Regierung abgehalten werden. Da französische Zeit hatten wir viel mehr politische Freiheit; jetzt befinden wir uns tatsächlich in einer unwillkürlichen Staatsräthlichen Ausnahmestellung. Die schwärmächerischen Töne des Grafen Schreyer sind nicht geeignet, uns besonders anzuregen. Mit einem „Himmelsdunkelwetter“ ist bei uns nichts anfangen. Erfolgsbeiträgen wird es niemals vergeben, mit welcher Einigkeit die große Mehrheit des Reichstages in dieser schweren Stunde auf seine Seite getreten ist (Beifall bei den Eltern), und wenn wir auch zum größten Teil das Vertrauen zur Regierung verloren haben, so haben wir um so mehr Vertrauen gewonnen zum deutschen Volk. (Beifall.)

Abg. Hoch (soz.): Das Abstimmungsvotum bedeutet die Verurteilung der Offizierswehrheit. Als die Staatsberatung ausgelegt wurde, weil der Reichskanzler nach Zusammensetzung befreit war, glaubte man, daß der Reichskanzler nach seiner Rückkehr mitteilen würde, wie die Sache erlebt werden sollte. Er hielt es aber gar nicht für nötig, dem Reichstag eine Mitteilung darüber zu machen. Hat ihn schon die Sache erledigt. Aber für das Volk ist sie nicht erledigt. Der Reichskanzler hat erklärt, es gibt keine Regierung, aber die war er nicht.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In der Tat aber gibt es eine Nebenregierung, die derartig zusammengesetzt, wie sie in Jever stattfinden, herausbeschworen will. Wir wissen ja, daß

der erste Reichskanzler des Deutschen Reichs bedingt geführt worden ist, weil er einen derartigen Politik nicht die Hand bieten wollte. Die Kreise liegen auf der Lauer gegen das Reichstagwahlrecht gegen das Koalitions- und Streitrecht der Arbeiter. Es ist in Preußen gar kein Wunder, wenn das Volk, wenn die Arbeiter unterdrückt werden; haben wir doch gestern den Appell des preußischen Landtags mit seiner „Himmelsdunkelwetterpolitik“ hier ganz unverfänglich geniesen können. Wie kann ein solcher Beamter das Volk, den Arbeiter gerecht beurteilen? Den Vortrag von der überaus reichen Ernte dieses Jahres hat nur das Großkapital, haben die Reichen, den Nachteil haben die kleinen Leute, die Arbeiter. Der uns zugegangene Staat ist ein Kulturdokument ganz außerordentlicher Art. 34 Milliarden werden allein für den Militärsatz aufgegeben. Für die Arbeiter hat man nicht übrig. Was man ihnen gibt, ist nur ein Trocken auf den heißen Stein. Auf internationalem Kongressen vertreten unsere Regierungvertreter aller Arbeiterschaften. Auf Weißes des Centralverbands deutscher Industrieller muß sie aber die Regierung später ablehnen. Wir werden mit jeder Regierung und Partei zusammenarbeiten, die wirklich etwas Gutes für das Volk tut. Dagegen lehnen wir es ab, bei einem parlamentarischen Regime in die Regierung einzutreten und dort als Minister Ihre Geschäfte zu besorgen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gruberger (B.): Der Reichskanzler sprach von dem sogenannten Abstimmungsvotum, von Meinungsverschiedenheiten, die zum Bestandteil des politischen Lebens gehören. Tavor behüte und der Himmel, daß solche Meinungsverschiedenheiten zum Bestandteil des Reichstages gehören. Graf Schreyer ist sogar so weit gegangen, zu sagen, manche von den Leuten, die in der vorigen Woche gehalten worden waren, würden wohl heute nicht mehr gehalten werden, ob sei nur Strohfeuer gewesen. Soweit er damit anspielen wollte auf die geradezu meisterhaften Darlegungen des Kollegen Lehrenbach, muß ich erklären, daß die Zentrumspartei und die Zentrumspartei in ganzem Deutschen Reich noch eins und geschlossen hinter den Ausführungen des Abg. Lehrenbach stehen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Der Abg. Graf Westarp hat sich bei seinen Argumenten auf den Staatsrechtslehrer Hering bezogen. Im dritten Buche „Der Kampf ums Recht“ heißt es, daß zu jener Zeit, da Bürger und Bauern der Gegenstand der absolutistischen Willkür waren, Elsass-Lothringen für das deutsche Volk verloren gingen. (Große Unruhe links; Zwischenrufe des Abg. Ledebour; Vizepräsident Dr. Baasche: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen. Abg. Ledebour rief ironisch: Sie fördern die Geschäfte! Vizepräsident Dr.

Baasche: Einen solchen Ton und eine solche Kritik meiner Amtsführung verbitte ich mir! Wenn der Reichskanzler seine Entlassung nicht gibt, so liegt das in seinem Erwessen, aber der Reichstag kann daraus Folgerungen ziehen. Hört Bülow leistete dem Vaterlande eins seiner hervorragendsten

Gedienste, als er erklärte, daß er nicht im Amt